

ÖKOLOGISCHE SACHVERHALTE DER GEGENWART UND IHRE UMWELTPOLITISCHEN ERFORDERNISSE

Walter Remmers

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

den Veranstaltern, insbesondere Ihnen, Herr Professor Haber, und Ihnen, Herr Professor Lieth, danke ich für die Gelegenheit, Ihnen als Umweltminister des gastgebenden Bundeslandes einige grundsätzliche Gedanken zum Thema der Tagung vorstellen zu dürfen.

Diese Tagung verbindet die Mitglieder einer großen wissenschaftlichen Gesellschaft in der Bundesrepublik unter einem Begriff außergewöhnlicher Aktualität, dem Begriff der 'Ökologie'. Dieser ist mittlerweile so zum Allzweckbegriff in der Umweltdiskussion geworden, daß es an der Zeit ist, an ihm das Verhältnis der Umweltpolitik zu ökologischen Sachverhalten und Erfordernissen zu beleuchten.

BEDEUTUNG DES BEGRIFFS "ÖKOLOGIE" IN DER UMWELTSCHUTZDISKUSSION

Ansprüche an die Reichweite der Begriffe im Umweltschutz

Wie begegnet uns der Begriff "Ökologie" im politischen Raum?

Er hat derzeit zweifellos Konjunktur. In ihm spiegelt sich der aktuelle Wandel der Aufgaben des Umweltschutzes von der Abwehr von Gefahren für die menschliche Gesundheit zur Vorsorge für die langfristige Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen wider. Ich halte diesen Aufgabenwandel für dringend erforderlich, denn wir können heute summarisch sagen, daß wir den Bogen gegenüber der Natur bereits überspannt haben. Umweltschutz darf deshalb nicht länger allein technisch oder mit dem Blick auf das "end of the pipe" erfolgen. Umweltpolitik muß vielmehr auch die Probleme des globalen Gleichgewichts im Stoffhaushalt und des übermäßigen Ressourcenverbrauchs angehen.

Ich möchte deshalb die Gelegenheit zu diesem Referat nutzen, um Ihnen meine Vorstellungen von der Zusammenarbeit zwischen der Ökologie als Wissenschaft und der Umweltpolitik darzulegen. Ich werde dazu eine Analyse der hauptsächlichen Probleme voranstellen und im Anschluß eine Konzeption für Veränderungen in den Instrumenten des Umweltschutzes vorstellen. Zunächst möchte ich jedoch Ihr Interesse auf einige Besonderheiten im Umgang mit dem Begriff der Ökologie lenken.

Ich stelle hier eine bemerkenswerte Art der Begriffsverwendung fest: Oft höre ich, daß es "Aufgabe der Ökologie" sei, bestimmte Umweltprobleme zu lösen. Viele Menschen wenden sich an den Umweltminister, weil sie bei ihm eine "Zuständigkeit für die Ökologie" vermuten, so wie es Zuständigkeiten für den Grundwasserschutz oder die Luftreinhaltung gibt. Es ist doch erstaunlich, daß sich hier im Zusammenhang mit Forderungen an die Umweltpolitik ein Begriff durchsetzt, der von seiner eigentlichen Bedeutung her gar keine Forderung oder Zielbestimmung enthält, sondern der ein Wissensgebiet, nämlich die Lehre vom Naturhaushalt, umschreibt. Die Begriffe in entsprechender Weise bei der Bezeichnung anderer behördlicher Aufgaben zu verwenden, würde dazu führen, dem Sozialminister ggf. eine Zuständigkeit für Soziologie zuzuschreiben.

Warum überhaupt "Ökologie", wenn der Begriff "Umweltschutz" doch eigentlich viel klarer sagt, worum es in der Umweltpolitik als Aufgabe gehen soll, nämlich um den Schutz der Gesundheit des Menschen und der natürlichen Lebensgrundlagen.

Das besondere Interesse am Begriff "Ökologie" liegt offenbar in seiner sachlichen Reichweite begründet. Wer von "Ökologie" spricht, möchte zumeist einen besonders weiten Anspruch seiner Sichtweise vom Umweltschutz zum Ausdruck bringen. Das Motiv dafür ist sich nicht allein die erwähnte Neuorientierung der Umweltpolitik. Es liegt häufig auch in der Tatsache begründet, daß jedermann, der im Umweltschutz konkret wird, zur Sache kommt oder Lösungen vorschlägt, sich leicht der Kritik aussetzt, sein Ansatz greife viel zu kurz. "Du siehst das nur technisch, aber nicht ökologisch", heißt es oft. Wer im Umweltschutz also von Ökologie spricht, der will häufig lediglich auf Nummer sicher gehen, daß er keinen wesentlichen Zusammenhang ausläßt. Er begegnet präventiv dem Vorwurf, daß sein Ansatz zu kurz greifen oder seine Gedanken zu eng geführt werden könnten.

Gefahr des Mißbrauchs des Begriffs "Ökologie"

Den Begriff "Ökologie" so zu verwenden birgt aber die Gefahr, daß hier ein Mythos aufgebaut wird. Zwischen den mit Ökologie assoziierten hohen Ansprüchen an Vollständigkeit, hoher Vernetzung und geringem Eingriffsniveau einerseits und dem noch geringen Einfluß ökologischer Erkenntnisse auf konkrete umweltpolitische Entscheidungen andererseits klafft eine zu große Lücke. Am Begriff der Ökologie läßt sich die große Spanne zwischen Vermutung und Wissen bzw. zwischen Wollen und Können verdeutlichen, die derzeit die Umweltpolitik in den Industriegesellschaften charakterisiert.

Wir sind auf dem besten Wege, unsere Ansprüche weit weg von den Möglichkeiten unseres Handelns an globalen ökologisch begründeten Forderungen aufzuhängen. So schön weit weg, daß wir die Folgerungen daraus für ganz konkrete Änderungen unseres tagtäglichen Handelns noch weiter hinausschieben können. Damit entsteht allerdings die Gefahr, daß der Begriff "Ökologie" zum folgenlosen Modewort verkommt.

Die Sprache unserer Kinder verrät uns bereits etwas von diesem unbedachten Umgang mit dem Wort. Kinder verwenden "Öko" heute zuweilen als Schimpfwort, so als hätten sie den wahllosen Umgang der Erwachsenen mit diesem Wort durchschaut. Sie spüren, daß Erwachsene sich mit dem Wort "Ökologie" gern wichtig tun, zugleich aber in Verlegenheit kommen, wenn sie es näher erklären sollen.

Kinder haben sicher aber auch deshalb Vorbehalte, weil sie Einschränkungen durch die Erwachsenen erfahren, die mit der "Rücksicht auf die Ökologie" begründet werden. In dem Wort steckt stets auch ein erhobener Zeigefinger. Kinder empfinden diese Einschränkungen als lästig, weil sie ihren Sinn nicht einsehen.

Die Einsichtsfähigkeit der Erwachsenen in ökologische Notwendigkeiten ist heute der Angelpunkt für den Erfolg global orientierter Umweltpolitik. Wo der Umweltschutz bisher stets ein Weitermachen mit anderer - oft nur vermeintlich besserer - Technologie ermöglichte, können Einsichten in die globalen Obergrenzen für umweltbelastende Lebensweisen einschneidende Verhaltensänderungen erfordern. Die Zukunft wird zeigen, ob unsere freie, auf Wirtschaftswachstum orientierte Gesellschaft fähig ist, den Zeigefinger des Umweltschutzes zu ertragen und auch grundlegende Veränderungen in den Lebensstilen hinzunehmen.

Voraussetzung dafür ist es, das sensibilisierte Bewußtsein unseres gegenwärtigen Tuns, das sich in der Verwendung des Begriffs "Ökologie" ausdrückt, zu erhalten. Wir tun deshalb gut daran, "Ökologie" nicht als Modewort verkommen zu lassen, sondern sie zum Angelpunkt der langfristigen Strategieüberlegungen in der Umweltpolitik zu machen.

SCHWIERIGKEITEN DER UMWELTPOLITIK BEI DER ABWEHR DER LANGFRISTIGEN ÖKOLOGISCHEN GEFAHREN

Damit beginnen aber erst die Schwierigkeiten, denen der Umweltpolitiker gegenübersteht, der zur Beseitigung der langfristigen ökologischen Gefahren beitragen will, die unseren Globus bedrohen.

Welche Gefahren sind hier gemeint?

Ich verstehe unter langfristigen ökologischen Gefahren:

- den rasanten Artenschwund bei Flora und Fauna,
- die "neuartigen Waldschäden",
- die Schadstoffbelastung und Nährstoffüberlastung der Meere, speziell der Randmeere zu den dicht besiedelten Ländern,
- die drohende Klimaveränderung durch Abgabe von Schadgasen in die Atmosphäre, z.B. aufgrund der Nutzung fossiler Energieträger, und
- die Vernichtung der Ozonschicht.

Diese Gefahren zeichnen sich durch folgende Eigenschaften aus:

- sie haben eine großräumige bzw. globale Wirkung,
- die Schadensentwicklung vollzieht sich langsam und akkumulativ,
- die Sanierungsprognose fällt skeptisch aus, eine Sanierung kann allenfalls in sehr langen Zeiträumen gelingen.

Auf drei Kernprobleme der Politik bei der Abwehr langfristiger ökologischer Gefahren möchte ich eingehen:

Problem der schleichenden Umweltveränderungen und der diffusen Kausalitäten

Die Entwicklung der ökologischen Gefahren vollzieht sich in sehr kleinen Schritten. Aufgrund der natürlichen Dynamik der Ökosysteme können Schädigungen über einen längeren Zeitraum in der Bandbreite natürlicher oder zufälliger Veränderungen verborgen bleiben. Die Folge ist, daß häufig bereits eine große oder gar irreversible Schädigung bevorsteht, wenn wir uns - und das gilt selbst für Expertenkreise - der Gefahr bewußt werden.

Die Auswahl gezielter Maßnahmen der Schadensbegrenzung wird dadurch weiter eingeschränkt, daß es sich in der Regel um multikausale Phänomene handelt, weshalb die Anteile der einzelnen Verursachungskomponenten nicht ohne weiteres hinreichend exakt angegeben werden können, um schon bald nach der Problemerkennntnis konkrete Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Problem der Reaktionsfähigkeit in der Demokratie

In diesen Tagen wurde von engagierten Umweltschützern gegenüber dem Niedersächsischen Landtag ein Grabstein aufgestellt, der mit einigen abgenadelten Fichten umstellt wurde. Auf dem Grabstein steht die Aufschrift: "Wer langsam stirbt, dem glaubt man nicht!"

Dieser Satz trifft den Kern des Problems: Er weist auf die Verdrängungsprozesse hin, die immer dann einsetzen, wenn Menschen schwierige Probleme vor sich haben, deren Lösung sie noch etwas hinausschieben möchten. Wir benötigen offenbar erst beweiskräftige Umweltkatastrophen, bevor wir die erforderlichen Gegenmaßnahmen einleiten.

Wir können heute auf jeden akuten Umweltunfall mit einem spezifischen Sofortprogramm reagieren: Auf Tschernobyl mit einer zusätzlichen Überprüfung der Sicherheit unserer Kernkraftwerke, auf Sandoz mit einer Verschärfung der Störfallverordnung, auf des Seehundsterben mit der weitergehenden Abwasserreinigung. Was die schleichenden Verschlechterungen und Verluste an Umweltqualität angeht - ich bezeichne sie gern als "Unfälle in Zeitlupe" - so tun wir uns schwer, die nötigen Maßnahmen, die ja stets Beschränkungen unserer Freizügigkeit oder einen erheblichen Mitteleinsatz darstellen, zu akzeptieren.

Die mangelhafte Bereitschaft unserer Gesellschaft, auf einmal erkannte Probleme hinreichend schnell zu reagieren, führe ich bei Umweltproblemen auch auf deren vergleichsweise geringe Anschaulichkeit im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Themen zurück.

Der vergleichende Blick auf die Lösung von Wertungsfragen in anderen Politikbereichen zeigt: Auch die Sozialpolitik muß seit jeher mit dem Problem der Wahrnehmung und Wertung komplexer Probleme fertig werden. Im Unterschied zur Umweltpolitik geht es darin jedoch

unmittelbar um die Menschen, die Subjekt und Objekt der politischen Gestaltung zugleich sind. Die Chancen, daß auf diesem Politikfeld folglich über etwas geredet wird, von dem alle etwas verstehen und von dem zugleich viele spürbar betroffen sind, ist damit ungleich größer als in der Umweltpolitik.

Die Betroffenheit des Einzelnen bei Umweltschäden - speziell die künftige Betroffenheit - ist dabei oft nur über die Wissenschaft in zudem oft schwer verständlicher Form vermittelbar. Die Folge ist eine von der Erfahrung losgelöste Risikodiskussion, zu deren Folgen sich BECK mit dem Bild der "Risikogesellschaft" kritisch geäußert hat. Zu immer mehr Bereichen, z.B. bei den vielen in ihrer Qualität sehr unterschiedlichen Grenzwerten, haben wir keine erfahrungsgestützte Risikoeinschätzung. Manche Risiken werden maßlos überschätzt, andere unterschätzt.

Ich kann die latente Gefährdung unserer Staatsform aus den vielen Briefen von besorgten Bürgern ablesen, die kein Verständnis für die Entscheidungen örtlicher Behörden haben und den Umweltminister zum Durchgriff auffordern. Daß sie damit eine demokratiefeindliche Form der Problembewältigung, nämlich eine Form der "Umweltdiktatur", fordern, wird ihnen häufig gar nicht klar. Mit der Berufung auf die "Kompetenz der Betroffenen" erkennen wir in der Diskussion im Umweltschutz zudem eine gefährliche Bereitschaft zur Verabsolutierung subjektiver Maßstäbe. Ich erlebe diese Haltung am Beispiel der Abfallpolitik: Ein großer Teil der Bevölkerung erkennt durchaus, daß wir Hochtemperaturverbrennungsanlagen benötigen. Wenn es um konkrete Standorte geht, höre ich jedoch immer wieder die Antwort: "Bitte nicht bei uns!". Auch für den Umweltschutz gilt aber, daß das "bonum commune" nicht die Summe der Einzelinteressen der Bürger sein kann.

Die Aufgabe des Umweltministers gleicht unter diesen Bedingungen einer Gratwanderung: Für die Bereitschaft der Bürger, die nötigen Maßnahmen im Umweltschutz mitzutragen, benötigt er ein sensibel austariertes Bewußtsein der Öffentlichkeit über Risiken und Möglichkeiten. In der Umweltpolitik gehört deshalb weniger Mut dazu, große Risiken groß als kleine Risiken auch wirklich klein zu nennen.

Bei der Identifikation und der Bewertung der Risiken muß sich die Umweltpolitik auf die Ergebnisse der Wissenschaft stützen können. Ich möchte Ihnen deshalb im Folgenden Vorstellungen für die Gestaltung ökologischer Forschung aus meiner Sicht vorstellen.

ANFORDERUNGEN EINER ÖKOLOGISCH AUSGERICHTETEN UMWELTPOLITIK AN DIE WISSENSCHAFT

Ökosystemforschung

Die Wissenschaft hatte in der Vergangenheit ihren Schwerpunkt für den Umweltschutz oft einseitig im Bereich des technischen Umweltschutzes. Mit der Wahrnehmung der erwähnten langfristigen ökologischen Gefahren entwickelt sich Bedarf an Wissen über Ökosysteme. Die Umweltpolitik steht deshalb vor der Notwendigkeit, eine umfassende Ökosystemforschung zu unterstützen. Wir müssen diese Forschung forciert vorantreiben, weil wir Nachholbedarf erkannt haben und weil wir wissen, daß wir die Ergebnisse derart umfassender Forschung nicht von heute auf morgen erwarten können. Erst Beobachtungen über längere Zeiträume führen hier zu verwertbaren Befunden.

Wie kann die Ökosystemforschung effektiver gestaltet werden? Ökosystemforschung bezieht sich auf öffentliche Güter. Sie ist daher fast ausschließlich staatlich finanzierte Forschung. Bund und Länder haben deshalb hier einen besonderen Auftrag zur Anregung, aber auch zur Koordination der Aktivitäten. Grundlage für die Koordination ist dabei der Bezug auf Ökosysteme. Den Zusammenhängen in diesen Systemen entsprechend müssen die Forschungen auf diese hin koordiniert werden. Das setzt die Organisation der Koordination in geeigneten Gremien und die vergleichsweise starke Einbindung der Einzelforschungen in den Gesamtzusammenhang von Daten und Methoden voraus.

Der Bundesminister für Forschung und Technologie hat inzwischen mehrere Ökosystemforschungszentren gegründet. Niedersachsen und Schleswig-Holstein als Nordseerainer beginnen zusammen mit dem Bundesumweltminister für das Projekt "Umweltbeobachtung und

Ökosystemforschung" für das Wattenmeer. Dieses Vorhaben wird den geschilderten Anforderungen an die Forschungskoordination Rechnung tragen.

Eine prinzipielle Gefahr bei der Ökosystemforschung sehe ich, die ich offen benennen möchte: Wie die Waldschadensforschung zeigt, wird es nicht leicht fallen, in hinreichend kurzer Zeit hinreichend sichere Erkenntnisse über die Vielfalt der Zusammenhänge zu erarbeiten. Schon die qualitative Analyse, also die Frage: "Welche Schadensursachen gibt es?", stellt an die Ökosystemforschung hohe Anforderungen. Wieviel schwerer ist dann erst die Frage danach, ab welcher Dosis und ggf. in welcher Dosiskombination die gefundenen Schadfaktoren wirksam werden.

Ich befürchte deshalb, daß wir in der Ökosystemforschung noch für längere Zeit per saldo mehr Fragen als Antworten produzieren werden und frage mich, wie wir bei solchen Gelegenheiten zu wirksamen Schlußfolgerungen kommen wollen, die in der Umweltpolitik ja zumeist unbequeme Maßnahmen bedeuten und die deshalb unabhängig von der politischen Richtung ihre natürliche Opposition haben.

Die Frage lautet: Was halst sich die Umweltpolitik mit dem Anspruch auf, eine derart komplexe Forschung mit dem Anspruch auf Handlungsrelevanz zu verbinden? Sie riskiert einerseits den Vorwurf, daß sie damit auf Zeit spielt, daß sie die Produktion immer neuer Fragen gern in Kauf nimmt, um sich vor unpopulären Entscheidungen zu drücken. Sie riskiert andererseits, daß immer bessere analytische Techniken immer weitere Krankheitssymptome der Natur zu Tage fördern, die sie letztlich zum Hypochonder werden läßt, so wie heute nur der Mensch noch als gesund gilt, der noch nicht genau genug untersucht worden ist.

Die Wissenschaftler möchte ich vor der Versuchung warnen, den staatlichen Mittelaufwand für die handlungsbezogene Forschung dadurch steigern zu wollen, daß ständig weiterer Untersuchungsbedarf selbst dort definiert wird, wo vorhandenes Wissen für politisches Handeln eigentlich schon ausreicht.

Wir brauchen deshalb einen verantwortlichen Konsens zwischen Politik und Wissenschaft darüber, daß wir in den Fragen der Belastbarkeit des Naturhaushalts auch mit unvollständigem Wissen Entscheidungen zu treffen haben. Hierin liegt - darüber bin ich mir bewußt - eine extreme Herausforderung für die exakten Naturwissenschaften. Wenn wir aber nicht mit den systembedingten Unsicherheiten über den Handlungserfolg leben können, wie ökologische Komplexität sie uns aufzwingt, dann werden wir den Zeitpunkt des Handelns überhaupt verfehlen.

Aufgrund der Grundwasserprobleme in Niedersachsen setze ich große Hoffnungen in das von Prof. LIETH betreute Nitrat-Boden-Grundwassermodell. Am Beispiel der Gemeinde Holdorf im Landkreis Vechta sind vielversprechende Ergebnisse entstanden. Derartige Nutzungs-Boden-Modelle sind die Grundlage dafür, die Anforderungen des Umweltschutzes an die ordnungsgemäße Landwirtschaft flächenspezifisch zu definieren.

Nach dieser Skizze zu den Arbeitsgrundlagen der Ökosystemforschung möchte ich Ihnen meine Vorstellungen darüber darlegen, wie die Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Umweltpolitik gestaltet werden muß.

AUSRICHTUNG DER INSTRUMENTE DES UMWELTSCHUTZES AUF DIE LÖSUNG ÖKOLOGISCHER PROBLEME

Den vielen Ursachen der langfristigen ökologischen Gefahren kann nur mit einer entsprechend vielfältigen Politik begegnet werden, die ihre Möglichkeiten in der ganzen Breite ausschöpft. Der Komplexität und Ubiquität der schädlichen Einwirkungen auf den Naturhaushalt muß deshalb eine entsprechend differenzierte Struktur der staatlichen Instrumente gegenübergestellt werden.

Wo liegen die Defizite?

Umweltschutz wird bisher überwiegend mit den Instrumenten des Ordnungsrechts vollzogen. Darunter verstehe ich Grenzwertregelungen oder Regelungen zum Flächenschutz. Diese

wirken statisch, weil die Definition von Grenzwerten am vorhandenen Kenntnisstand ansetzt und weil sie ein längeres Verfahren der Abstimmung voraussetzen. Sie stellen zudem hohe Anforderungen an die staatliche Kontrolle.

Die Instrumente des Ordnungsrechts können präzise zur Einhaltung von eng definierbaren Verhaltensanforderungen eingesetzt werden. Ihre Spezifität beschränkt sie jedoch auf spezifische Problemlagen. Sie werden den Anforderungen einer umfassenden Umweltvorsorge nicht gerecht. Um Verhaltensänderungen in der Breite zu erzielen, müssen zum Ordnungsrecht Umweltinformation und Umwelterziehung sowie eine generelle Umorientierung der Marktwirtschaft hinzukommen.

Die letztgenannten Instrumente entsprechen ihrer Art nach den Ursachen der langfristigen ökologischen Gefahren am besten: Sie schaffen Bewußtsein und Handlungsanreize in der Breite der menschlichen Einflußnahme auf den Naturhaushalt. Und sie wirken auch auf die vielen kleinen Schädigungen der Umwelt ein, die sich mit dem Ordnungsrecht gar nicht erfassen lassen. Zum einen, weil der Aufwand dazu viel zu groß wäre, zum anderen, weil wir das mit Rücksicht auf die persönliche Freiheit der Bürger auch nicht erfassen wollen.

Umweltinformation/Umwelterziehung

Den kognitiven und interessenbedingten Widerständen gegen eine rechtzeitige Verhinderung der langfristigen ökologischen Gefahren - insbesondere aus deren mangelnder Anschaulichkeit - folgt, daß die Information der Bevölkerung über globale Zusammenhänge der Ökologie und des Ressourcenhaushalts ganz besondere Anstrengungen erfordert.

Zur Schlüsselgröße für die Umweltpolitik wird somit eine vermittelte, gefilterte Information über den Umweltzustand bei begrenztem Anschauungswert für den Durchschnittsbürger. Wissenschaft und Politik haben aufgrund dieser Zusammenhänge wie in kaum einem anderen Politikfeld eine verantwortungsvolle Funktion bei der Weitergabe und Interpretation von Informationen. Sie müssen aus ihrem Wissen heraus für alle, die über weniger Wissen verfügen, zu unbequemen Anwälten für die Belange des Naturhaushalts werden.

Aber auch dort, wo durchaus Anschauung vorhanden ist, bestehen erhebliche Defizite: Der deutsche Durchschnittsbürger kennt heute - so habe ich mir sagen lassen - sieben Tier- und fünf Pflanzenarten, aber neunzehn Automarken. Prof. SCHMINKE hat auf die Vernachlässigung der Taxonomie in der Biologie - etwa im Unterschied zum Ausland - hingewiesen. Ich unterstütze seine Bemühungen. Das Umweltministerium hat deshalb bereits eine Sommerschule zur Verbesserung der Artenkenntnisse gefördert.

Ökonomische Instrumente

Umweltinformation, Umwelterziehung und im weiteren Sinne Umweltbildung wirken auf bewußtseinsmotivierte Verhaltensveränderungen ein. Diese Veränderungen werden freiwillig erbracht. Das Besondere des Freiwilligen ist mir dabei durchaus bewußt: Freiwilliges, uneigennütziges Bürgerhandeln kann immer nur ein begrenzter Lösungsbeitrag sein, so auch im Umweltschutz. Ich will deshalb der Frage nicht ausweichen, welche anderen Instrumente die Umweltpolitik zur Verbesserung der ökologischen Situation einsetzt.

Wenn man die Grenzen der Freiwilligkeit kennt, dann gewinnen die Regelungsmechanismen unserer Gesellschaft, die auf der Eigennützigkeit aufbauen, unser Interesse. Den Mechanismen des Marktes verdanken wir den wirtschaftlichen Wohlstand; diese Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems ist inzwischen völlig unbestritten. Selbst Joshka FISCHER sieht das so, wie ich in seinem Buch gelesen habe. Die Zuverlässigkeit und Wirksamkeit unserer marktwirtschaftlichen Ordnung sind evident. Es geht nun darum, daß ihre Funktionsgesetze auch für die Umweltpolitik genutzt werden; die Frage heißt lediglich "wie?".

Das Oberziel muß sein, den Verbrauch von endlichen Ressourcen und die Verursachung von schädlichen Emissionen dadurch zu reduzieren, daß die Kosten für umweltschädigendes Verhalten deutlich erhöht werden. Meßlatte ist dabei der Zustand, bei dem die Kosten langfristiger Umweltschäden den gegenwärtigen Preisen der schadensverursachenden Güter zugechnet werden.

Bisher sind die Umweltkosten für den einzelnen Betrieb oder Haushalt weitgehend externe Kosten; die Umweltpolitik muß dafür sorgen, daß sie zu internen Kosten werden. Nur so schöpfen wir den Erfindungsreichtum der Unternehmen und die Chancen der Haushalte zu Verhaltensänderungen aus.

Preisbeeinflussende Instrumente bieten sich in folgenden Bereichen an:

- Die Preise für die wertvollen endlichen Ressourcen dieser Erde müssen steigen. Wir dürfen nicht aus einseitigen wirtschaftlichen Erwägungen jubeln, wenn die Ölpreise wieder einmal sinken oder lamentieren, wenn sie steigen. Wir brauchen langfristig ein hohes Rohstoff- und Energiepreisniveau, um die für die Umwelt erforderlichen Einsparungen in der Breite zu motivieren. Warum belasten wir die knappe Ressource Grundwasser weiterhin nur mit dem halben Mehrwertsteuersatz? Wir brauchen stattdessen eine Wassersteuer, die eine Verminderung des Grundwasserverbrauchs bewirkt.
- Wir brauchen ebenso höhere Preise für Produktionsinputs, die zwar nicht wertvoll oder knapp sind, deren Verwendung aber zwangsläufig zu hohen Umweltbelastungen führt.
- Wir benötigen darüberhinaus Abgaben für genehmigte, aber unerwünschte Emissionen. Die Abwasserabgabe hat sich in dieser Hinsicht bewährt. Ich plädiere dafür, daß eine entsprechende Abgabe für Luftschadstoffe und darüberhinaus eine CO₂-Steuer eingeführt wird.
- Ein letzter Bereich wäre für mich die Verlagerung der Entsorgungskosten in den Kaufpreis materialintensiver bzw. materialkritischer Wirtschaftsgüter. Das würde nicht nur den Verbrauch schlecht zu entsorgender Abfälle reduzieren, es gäbe auch hinreichende Anreize, schon bei der Produktgestaltung auf den Verbleib der Stoffe nach der Nutzung zu achten. Eine erweiterte Rücknahmepflicht der Hersteller, wie wir sie im Bereich Altöl und für Batterien schon kennen, würde die Entstehung einer florierenden Abfallwirtschaft begünstigen.

Wenn die produzierende Wirtschaft sich bisher darauf beschränken konnte, die Produkte lediglich bis zum Käufer hin im Blick zu halten, dann muß sie jetzt auch die Abfallseite der Produktion von Anfang an in die Produktgestaltung mit einbeziehen.

Meine Präferenz für diese Instrumente ergibt sich aus der Überzeugung, daß unsere Umwelt nicht an einem Mangel an technischen Möglichkeiten zu ihrer Verbesserung leidet, sondern am Mangel der konsequenten Berücksichtigung ihrer Belange in den dominanten Regelungsmechanismen unserer Gesellschaft, ökonomische Instrumente an ökologische Notwendigkeiten anzupassen, Knappheitsverhältnisse der Natur in entsprechenden Preisen für den Verbrauch endlicher Ressourcen oder die Belastung der Umweltmedien auszudrücken.

Die Diskussion um die ökonomischen Instrumente ist derzeit voll im Gange. Es gibt eine Reihe von Vorbehalten der Finanz- und Wirtschaftspolitik gegen Umweltabgaben. Was die erforderliche Harmonie zwischen Ökonomie und Ökologie angeht, so bedeuten die Abgaben jedoch einen großen Fortschritt, in dem die stofflichen Grenzen für die Belastung der Medien und die Nutzung endlicher Ressourcen die monetäre Bewertung erhalten, die ihrer Gefährdung entspricht.

FAZIT

Wir haben festzustellen, daß der Begriff der "Ökologie" heute Modewort und Angelpunkt der Umweltpolitik zugleich ist.

In diesem "sowohl-als-auch" steckt eine Gefahr: Der Umgang mit dem Begriff könnte bereits Überdruß erzeugen, bevor wir das Wissensgebiet überhaupt hinreichend mit sicheren Befunden gefüllt haben. Wissenschaft und Umweltpolitik sind deshalb aufgefordert, das Wissen über die ökologischen Zusammenhänge verantwortungsvoll weiterzuentwickeln.

Am wichtigsten ist für mich dabei die Forschungscoordination, damit sich der Anspruch auf das Erkennen der Zusammenhänge auch in einem entsprechenden Zusammenwirken der Fachleute ausdrückt. Koordinierte und konzentrierte Ökosystemforschung ist für mich der Schlüssel, um zu politisch durchschlagenden Ergebnissen vorzudringen. Auf solcher Basis kann sich die "Ökologie" als Angelpunkt für die vorsorgende Umweltpolitik bewähren. Die Umweltpolitik ihrerseits muß den ökologischen Anforderungen mit einer entsprechenden Ausgestaltung der Instrumente entsprechen. Die Versöhnung der Ökonomie mit der Ökologie durch Umweltabgaben bahnt sich an.

W. Remmers
z.Zt. der GfÖ-Tagung 1989
Umweltminister des
Landes Niedersachsen

ZOBODAT - www.zobodat.at

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Verhandlungen der Gesellschaft für Ökologie](#)

Jahr/Year: 1991

Band/Volume: [19 3 1991](#)

Autor(en)/Author(s): Remmers Walter

Artikel/Article: [Ökologische Sachverhalte der Gegenwart und ihre umweltpolitischen Erfordernisse 437-444](#)